



Hier trennen sich ihre Wege

- Was der Brexit für Deutschland bedeutet
- Bundeskanzlerin macht auf Ernst der Lage aufmerksam
- Mehrkosten von mehreren Milliarden Euro durch den Ausstieg

Der britische Premierminister Cameron und Bundeskanzlerin Merkel bei einem Treffen in Berlin 2015. BILD: DPA

Reaktionen auf die Entscheidung

„Es gibt nichts schönzureden: Das ist ein bitterer Tag für Europa.“

Frank-Walter Steinmeier, SPD-Bundesaußenminister

„Wir sagen am heutigen Tage aus guten historischen, ökonomischen und politischen Gründen Ja zu Europa und zu seiner Union.“

Joachim Gauck, Bundespräsident

„Ich erwarte vom deutsch-französischen Motor sehr klare Stellungnahmen.“

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionschef

„Damit Europa voranschreiten kann, darf es nicht mehr so weitermachen wie bisher.“

François Hollande, Frankreichs Präsident

„Die Europäische Union ist stark genug, um die richtigen Antworten auf den heutigen Tag zu geben.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

„Das britische Volk hat gesprochen, und wir respektieren seine Entscheidung.“

Barack Obama, US-Präsident

„Ein schwarzer Freitag für Europa.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg (Grüne)

„Im Grunde haben sie sich ihr Land zurückgeholt. Das ist eine großartige Sache.“

Donald Trump, US-Präsidentenbewerber

„Wir brauchen eine neue Vision und einen Neustart für das Vereinigte Europa.“

Alexis Tsipras, griechischer Regierungschef

„Moskau ist daran interessiert, dass die Europäische Union eine blühende, stabile und berechenbare Wirtschaftsmacht bleibt.“

Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin

„Wir sind jedenfalls entschlossen, dieser historischen Herausforderung gerecht zu werden.“

Horst Seehofer, Ministerpräsident Bayern

„Aber Europa ist unser Zuhause, unsere Zukunft.“

Matteo Renzi, Italiens Regierungschef

„Das Nein der Briten ist ein schwerer Schlag für die Staaten Europas.“

Guido Wolf, Baden-Württembergs Europaminister (CDU)

VON RUDI WAIS UND DPA

Der deutsche Fußball, das immerhin, ist eine Sorge los. Wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austritt, werden Spieler wie Ron-Robert Zieler, Robert Huth oder Emre Can nicht mehr so ohne Weiteres in die Premier League abwandern können. Um dort auflaufen zu dürfen, müssten sie in ihren Heimatländern 30, teilweise 45 Prozent der Länderspiele in den beiden Jahren zuvor bestritten haben – nur dann erhalten Profis aus Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, eine Arbeitserlaubnis.

Nach dem Brexit-Schock vom Freitagmorgen dürfte die berufliche Zukunft der nächsten Fußballergeneration allerdings eine von Angela Merkels kleineren Sorgen gewesen sein. Die Entscheidung der Briten, der Union den Rücken zu kehren, hat auch für die Bundesrepublik teure Konsequenzen. Nach einer Studie des Münchner Ifo-Institutes kosten Deutschland alleine die zu erwartenden Schwierigkeiten im Handel bis zu sechs Milliarden Euro an jährlicher Wirtschaftsleistung. Sie werden danach vor allem die Autoindustrie, die Metall- und die Lebensmittelbranche treffen.

Dazu kommen geschätzte 2,5 Milliarden, die Deutschland mehr an die EU abführen muss, weil mit Großbritannien ein Land aussteigt, das bisher mehr in die gemeinsame Kasse einzahlt als aus ihr zurückfließt. Allerdings räumen die Gutachter des Institutes selbst ein, dass ihre Prognose angesichts der vielen nicht bezifferbaren Unwägbarkeiten mit Vorsicht zu genießen ist. Das heißt: Es kann auch noch teurer werden. „Wir erwarten in den kommenden Monaten einen deutlichen Rückgang des Geschäfts mit den Briten“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Markus Kerber. Neue deutsche Direktinvestitionen

auf der Insel seien kaum zu erwarten.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist denn auch der erste, der seinem Frust Luft macht. „Dann!“ schreibt er bereits um 6.19 Uhr im Nachrichtendienst Twitter. Verdammt. „Was für ein schlechter Tag für Europa.“ Aus deutscher Sicht verabschiedet sich mit Großbritannien ja nicht nur ein wichtiger Handelspartner aus dem gemeinsamen Binnenmarkt, der jedes Jahr Waren und Dienstleistungen für fast 90 Milliarden Euro in Deutschland ordert. Im Tauziehen mit den fordernden Südländern oder in den Verhandlungen um das transatlantische Freihandelsabkommen fehlt der Bundesregierung jetzt ein wichtiger ideeller Verbündeter.

Die Kanzlerin lässt sich Zeit. Fünfeinhalb Stunden ist die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, schon in der



„Was für ein schlechter Tag für Europa.“

Sigmar Gabriel, SPD-Vizekanzler

Welt. Erst kurz vor 12.45 Uhr tritt Angela Merkel in Berlin vor die Kameras. Ein freundliches „Guten Tag“, trotz allem, dann liest sie eine genau ausformulierte Erklärung vom Blatt, die erkennbar der allgemeinen Beruhigung dienen soll – getreu dem alten britischen Motto „Keep calm and carry on“ („Ruhig bleiben und weitermachen“).

Zumindest soweit das an einem so schwarzen Freitag überhaupt möglich ist. Merkel macht aus dem Ernst der Lage auch keinen Hehl. „Es gibt nichts darum herumzureden: Der heutige Tag ist ein Einschnitt für Europa.“ Alles Weitere hänge nun entscheidend davon ab, ob sich die künftig nur noch 27

als „willens und fähig“ erweisen, „keine schnellen und einfachen Beschlüsse zu ziehen, die Europa nur weiter spalten würden“. Bleibt noch die Frage, wie klug es war, den Brexit-Wahlkampf als stille Beobachterin zu verfolgen. Die Großbritannien-Expertin der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), Barbara Lippert, meint: „So wurde den Briten der Eindruck vermittelt, als würde sich ihnen ein neues Reich der Freiheit und Möglichkeiten eröffnen.“

Privat vor Staat, Wettbewerb, Marktwirtschaft: Hier waren Briten und Deutsche in der Vergangenheit häufig Brüder im Geiste. Rein ökonomisch betrachtet hat Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU nach dem Brexit zwar noch mehr Gewicht in der Union. Politisch allerdings steht es möglicherweise bald einer Allianz aus Frankreich, Italien und Spanien gegenüber, deren Reform- und Spareifer um einiges geringer ist. In den Mitgliedsstaaten des so genannten Club Med, warnt der Ökonom Michael Wohlgemuth von der marktliberalen Denkfabrik „Open Europe Berlin“ wünsche man sich mehr Europa im Sinne von eigenen EU-Steuern, einer Vergemeinschaftung der Schulden oder einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung.

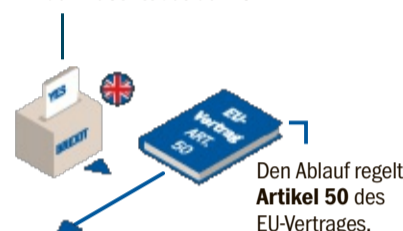
Viele Studenten werden das Ausscheiden der Briten bedauern. Über das von der EU finanzierte Erasmus-Programm haben sie bisher nicht nur 270 Euro Zuschuss im Monat für ein oder zwei Auslandssemester erhalten, sondern sich auch die Studiengebühren für britische Hochschulen gespart. Für viele könnte das Studium auf der Insel nun unerschwinglich teuer werden.



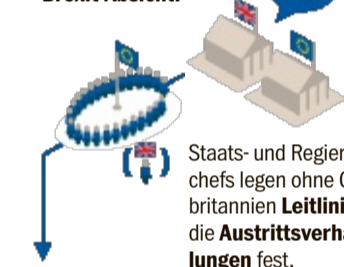
So berichten Tageszeitungen in Deutschland und aller Welt auf den Titelseiten über den Brexit: www.suedkurier.de/plus

Wie der Brexit abläuft

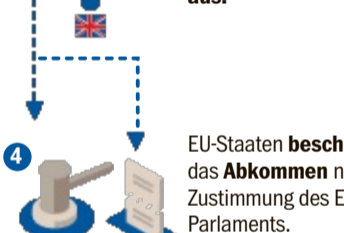
1 Briten stimmten am 23.6.2016 für den **Austritt** aus der EU.



2 Großbritannien **informiert** den EU-Rat über die **Brexit-Absicht**.



3 Ein ernanntes **Gremium**, etwa die EU-Kommission, **handelt ein Abkommen aus**.



4 Kommt **kein Abkommen** zustande, scheidet Großbritannien nach zwei Jahren **ungeregelt** aus der EU aus.



„Der Brexit kann auch positive Effekte haben“



Die Europäer werden sich zum ersten Mal die Sinnfrage stellen müssen, sagt Politikwissenschaftler und Politikerberater **Werner Weidenfeld**, 68, über die Folgen des Brexits.

Herr Professor Weidenfeld, sind Sie vom Brexit auch überrascht worden?

Ich habe es erwartet. Dominant in dieser Auseinandersetzung wurde die Frage nach Identität und Souveränität. Die wird in Großbritannien immer „insular“ beantwortet. Das begann schon 1946, als Winston Churchill die Vereinigten Staaten von Europa ausrief, aber nur Kontinentaleuropa meinte. In den 50er-Jahren haben sie versucht, den Einigungsprozess zu unterlaufen – übri-

gens ebenso wie Moskau. Als die Kontinentaleuropäer aber die Römischen Verträge abgeschlossen hatten, versuchten die Briten, auf diesen nun erfolgreichen Zug aufzuspringen und ökonomisch davon zu profitieren. Mehr war es aber nicht. Über Jahrzehnte ging kein wirklicher Integrationsimpuls von Großbritannien aus.

Aber hätte es nicht einfach so weitergehen können?

In dem Moment, in dem Sie die Frage der Identität und Souveränität zum Zentrum machen und nicht die ökonomischen Zusatzaspekte, können Sie in Großbritannien für Europa nichts gewinnen.

Das hört sich an, als ob die Kontinental-

europäer über diese Klärung durchaus auch froh sein könnten.

Negativ sind die ökonomischen Konsequenzen, die in erster Linie die Briten treffen, aber natürlich auch einige negative Begleiterscheinungen für den großen europäischen Markt haben. Auch das weltpolitische Gewicht der EU ist natürlich mit Großbritannien größer als ohne. Positiv geht aber von diesem Schockerlebnis aus, dass die Europäer klar sehen, dass sie eine strategische Antwort zur Zukunft des europäischen Projekts geben müssen. Andernfalls wird es zerfallen, weil die rechtspopulistischen Strömungen dominant werden. Spätestens jetzt müssen die führenden Europäer Deutungs- und Erklärungsangebote zur Zukunft des Kontinents abliefern.

Wie groß sind die Chancen, dass die Rest-EU-Europäer so reagieren?

Hoch. Weil der Druck so massiv ist, dass sie sich davor gar nicht wegducken können. Seit Anfang der 50er-Jahre hat es alle sechs, sieben Jahre in Europa eine Krise gegeben. Jedes Mal kam es unter dem Druck der Krisen zu einer Lösung. Jetzt aber zum ersten Mal nicht. Warum eigentlich? Weil zum ersten Mal mit dem Krisenphänomen die Sinnfrage des gesamten Projekts gestellt wurde. Darauf ist bisher keine Antwort gegeben worden. Wenn die Europäer jetzt begreifen, dass sie darauf eine Antwort geben müssen, dann hat der Brexit durchaus einen positiven Effekt ausgelöst.

FRAGEN: RALF MÜLLER

„Wann immer wir zwischen Europa und dem offenen Meer wählen müssen, sollen wir uns immer für das offene Meer entscheiden.“

Winston Churchill, britischer Premierminister (1940-1945/1951-1955), in einem Zitat aus dem Jahr 1944



„Nach meiner Auffassung ist das Schicksal Englands mit dem Schicksal Westeuropas absolut verbunden. Die Zeiten, in denen England eine außereuropäische Macht war, sind meines Erachtens vorüber.“

Konrad Adenauer, deutscher Bundeskanzler (1949-1963), beim Parteitag der CDU im August 1948

